

## **Abschlusskommuniké**

*Am 01. November 2003 fand in Bonn unter dem Titel "Gegenwart und Zukunft Kurdistan-Irak - Ist ein Referendum notwendig?" eine von NAVEND – Zentrum für Kurdische Studien e.V. organisierte Veranstaltung statt.*

*An der Sitzung nahmen Vertreter von kurdischen Parteien sowie kurdische Persönlichkeiten teil, insgesamt etwa 220 Personen. Metin Incesu, Vorsitzender von NAVEND e.V., führte im Rahmen eines Impulsreferats in das Thema ein und anschließend nahmen die Vertreter von KDP und PUK Stellung zu einem möglichen Einmarsch türkischer Truppen in den Irak. Darüber hinaus berichteten sie über die aktuelle Lage im Irak sowie in Kurdistan-Irak und die Vorstellungen ihrer Parteien über das künftige politische System des Landes. Sie streben u.a. föderalistisch-demokratische Strukturen an. Anschließend wurde der seit einiger Zeit diskutierte Entwurf über die Durchführung eines Referendums in Kurdistan-Irak durch Experten und kurdische Persönlichkeiten erörtert.*

### **Zum Hintergrund**

Die Eroberung der irakischen Hauptstadt durch die alliierten Streitkräfte am 9. April 2003 stellt einen vielversprechenden Neubeginn dar. Seit dem sind alle Teile des Landes von der Unterdrückung durch das Saddam-Regime gelöst. In diesem Zusammenhang stehen die demokratischen Kräfte im Gesamtirak vor einer neuen Herausforderung. Doch auf der anderen Seite sorgt eine mögliche türkische Intervention für Unruhe und Besorgnis bei nahezu allen Bevölkerungsteilen.

Bereits im Oktober 2002 hat das Parlament von Kurdistan-Irak einen Verfassungsentwurf angenommen, der vorsieht, dass nach dem Ende des Saddam-Regimes im Irak eine demokratische föderale Republik gegründet werden soll. In diesem Verfassungsentwurf wurde eine föderale Struktur für den Irak, bestehend aus einer Region Kurdistan und einer arabischen Region, definiert. Der Entwurf und gleichzeitig wurde erklärt, welchen politischen Status die Bevölkerung von Kurdistan in einem zukünftigen Irak haben sollte. Dieser Verfassungsentwurf bringt die grundlegenden Forderungen der kurdischen Bevölkerung zum Ausdruck und schafft künftig die

Bedingung für ein friedliches Zusammenleben zwischen Kurden und anderem im Irak lebenden Völkern.

Die politischen Gruppen der irakischen Opposition haben bei ihren Konferenzen in London vom 13.-16. November 2002 und Salahaddin (26. Februar bis 1. März 2003) den Vorschlag angenommen, dass der Irak nach Saddam Hussein ein föderales, demokratisches und parlamentarisches System haben sollte.

Die Lage in Kurdistan-Irak ist nach wie vor stabil, doch die ungeklärten politischen Verhältnisse im Irak veranlassten vor einigen Monaten verschiedene Initiatoren in Kurdistan-Irak und in einigen europäischen Ländern Appelle zu richten und Unterschriften mit der Forderung für ein Referendum in Kurdistan-Irak zu sammeln. Diese Kampagnen wurden immer breiter auf Versammlungen, an verschiedenen Orten und in den Medien diskutiert. An manchen Orten wurden für diese Kampagnen Organisationskomitees gebildet.

In dem unter dem Titel „Aufruf für ein Referendum in Kurdistan-Irak“ initiierte Kampagne wurde an die internationalen Organisationen, insbesondere an die UN und das Europaparlament, sowie an die europäischen und amerikanischen Regierungen appelliert, alle notwendigen Maßnahmen zu unternehmen, damit die Bevölkerung in Kurdistan-Irak seine Zukunft durch ein Referendum selbst bestimmen kann.

In einer weiteren Kampagne wurde mit einem öffentlichen Brief an den Papst, den UNO-Generalsekretär, den amerikanischen Präsidenten, den britischen Premierminister und alle anderen Staats- und Regierungschefs dazu aufgerufen, alle notwendigen Maßnahmen zu unternehmen, um ein Referendum durchführen zu können, mit der die Zukunft Kurdistan-Iraks bestimmt werden soll.

## Kommuniké

1) Die TeilnehmerInnen sind besorgt über die Absicht der türkischen Regierung bis zu 10.000 Soldaten in den Irak zu entsenden.

Türkische Regierungen haben seit Jahren unter offener Missachtung internationalen Rechts erklärt, dass sie mögliche Beschlüsse des kurdischen Parlaments sowie der kurdischen Verwaltung in Kurdistan-Irak über seine eigene Zukunft als „Kriegsgrund“ verstehen werden, und bei jeder Gelegenheit damit gedroht, Kurdistan-Irak zu besetzen. Die Regierung in Ankara verfolgt eine expansionistische Politik bis hin zu einer Annexion Kurdistan-Iraks. Daher ist die Gefahr einer möglichen Intervention trotz der jüngsten Äußerungen einiger Mitglieder der türkischen Regierung noch nicht gebannt, zumal der Beschluss des türkischen Parlaments von Anfang Oktober 2003, Soldaten im Irak zu stationieren noch immer Gültigkeit hat. Eine türkische Intervention oder selbst die Beteiligung türkischer Soldaten an einer multinationalen Truppe im Irak wird für den Irak eine weitere Destabilisierung bedeuten. Der irakische Regierungsrat und allen voran das kurdische Parlament und die VertreterInnen der politischen Parteien in Kurdistan-Irak haben sich deshalb einhellig dagegen gewandt, dass türkische Soldaten in den Irak entsandt werden. Die TeilnehmerInnen begrüßen diese Haltung.

Eine türkische Einmischung im Irak und die Entsendung türkischer Soldaten in den Irak ist völlig inakzeptabel, durch nichts gerechtfertigt und wird zur Eskalation der Lage im Irak beitragen. Sie fordern den irakischen Regierungsrat, die kurdischen Vertreter im Regierungsrat, das Parlament der Region Kurdistan-Irak und alle kurdischen Parteien auf, diese Position - im Interesse aller Bevölkerungsteile im Irak - auch weiterhin mit allem Nachdruck zu vertreten.

2) Im April 2003 wurden die restlichen Städten Kurdistan-Irak, die von Saddam Husseins Kräften besetzt gewesen waren, befreit. Seit dem Sturz des Baath-Regimes sind mehr als 6 Monate vergangen. Trotzdem hat es bisher keine Klärung des Status von Kurdistan-Irak sowohl hinsichtlich der vorgesehenen föderalen Struktur als auch über die Unterstellung der im April 2003 befreiten Gebiete an Kurdistan-Irak gegeben. Einige arabische Vertreter im Regierungsrat rücken nun von den auf den Konferenzen von London (13.-16.11.2002) und Salahaddin (26.02.-01.03.2003) beschlossene-

nen Prinzipien ab und unterbreiten Vorschläge für die neue irakische Verfassung, die eine Dominanz der arabischen Mehrheit vorsehen. Dies trägt erheblich zur Verunsicherung bei, zumal die USA bisher keine klare Position zum Status von Kurdistan-Irak bezogen haben.

Die TeilnehmerInnen begrüßen, dass einige kurdische Intellektuelle angesichts der aktuellen Entwicklungen Initiativen und Kampagnen mit der Forderung, „ein Referendum zu organisieren, um die Zukunft von Kurdistan-Irak zu bestimmen“ ins Leben gerufen haben. Dies ist zweifelsohne ein legitimes und grundlegendes Recht, welche auch im internationalen Recht verankert ist. Die kurdische Bevölkerung in Kurdistan-Irak hat wie jede andere Bevölkerungsgruppe im Irak das legitime Recht, sein Schicksal selbst und frei bestimmen zu dürfen. Die internationalen Institutionen und Organisationen müssen ihre historische und politische Verantwortung übernehmen, indem sie die Bedingungen dafür schaffen, dass dieses Recht der kurdischen Bevölkerung anerkannt wird und ohne Einschränkungen frei ausgeübt werden kann.

Die TeilnehmerInnen verweisen mit Nachdruck darauf, dass der Erfolg eines Referendums maßgeblich von innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen abhängig ist, die noch geschaffen werden müssen. Erst unter diesen Voraussetzungen kann ein Referendum erfolgreich durchgeführt werden, das internationale Anerkennung findet.

Daher fordern die TeilnehmerInnen der Konferenz die entsprechenden Einrichtungen in Kurdistan-Irak auf, ohne weitere Zeitverzögerung:

- dass die Beschlüsse des Parlaments der Region Kurdistan-Irak vom 4. Oktober 2002 bezüglich der Zusammenlegung beider Verwaltungen in Kurdistan-Irak baldmöglichst umgesetzt werden,
- die Rückkehr der vom Saddam Regime entwurzelt und vertriebenen Einwohner Kurdistan-Iraks zu ermöglichen,
- die im April 2003 befreiten Städte Kurdistan-Iraks, die noch nicht der Regionalregierung unterstellt sind, auf schnellem Wege der kurdischen Selbstverwaltung zu unterstellen,
- in diesen Gebieten Nachwahlen für das kurdische Parlament durchzuführen bzw. eine andere Form der Vertretung zu schaffen, damit diese

Gebiete ihre Vertretungen im kurdischen Regionalparlament haben können, damit ihre Interessen im Parlament gewährleistet sind,

- Kommunalwahlen in den neu befreiten Städten – unter Berücksichtigung der Vertriebenen – durchzuführen,
- die Selbstverpflichtung des kurdischen Parlaments vom 4. Oktober 2002 zu realisieren und freie Parlamentswahlen abzuhalten und beide kurdischen Verwaltungen zu vereinigen.

3) Der Verfassungsentwurf für einen föderalen Irak, der im Oktober 2002 vom kurdischen Parlament angenommen wurde, drückt die grundlegenden Forderungen der Bevölkerung in Kurdistan aus. Außerdem skizziert der Verfassungsentwurf die Bedingungen, in denen Kurdinnen und Kurden mit anderen Völkern des Irak in Zukunft zusammenleben können. Ferner greift er die Frage auf, wie der Irak in Zukunft strukturiert werden und was für ein Verfassungssystem er haben soll. Dies wird im derzeit gegründeten vorübergehenden Regierungsrat des Irak erörtert.

Die TeilnehmerInnen fordern, dass die kurdischen VertreterInnen im irakischen Regierungsrat auf der Basis eines gemeinsamen Programms, der vom Parlament Kurdistan-Irak vorgegeben wurde, handeln.

Die TeilnehmerInnen erwarten, dass insbesondere die Artikel des vom kurdischen Parlament angenommenen Verfassungsentwurfs zur föderalen Struktur des Staates (Artikel 1 und 2/II) und zu den Organen des föderalen Staates (Artikel 27, 33,47,48, 60-70) sowie die finanziellen Bestimmungen in Artikel 73, 74, 75-82 in die zu entwerfende irakische Verfassung übernommen werden. Eine Verfassung, die diese Forderungen und Garantien nicht beinhaltet, kann von der Bevölkerung Kurdistan-Iraks und seinen politischen VertreterInnen nicht akzeptiert werden.

4) Die TeilnehmerInnen bedauern, dass bis zum heutigen Tage in den Ländern der Europäischen Union offizielle Vertretungen der kurdischen Regionalregierungen fehlen. Um diese Lücke zu füllen, halten die TeilnehmerInnen es für notwendig, Anstrengungen zu unternehmen und Initiativen zu starten, damit die kurdische Regionalregierung in zumindest einigen europäischen Staaten offiziell anerkannt wird und offizielle Vertretungen unterhält.

5) Die TeilnehmerInnen halten es für sehr wünschenswert, internationale Persönlichkeiten und zumindest ein europäischer Staat für die Interessen und Belange der kurdischen Bevölkerung zu sensibilisieren und vor allem für die Idee zur Durchführung eines Referendums in Kurdistan-Irak zu gewinnen.

6) Die TeilnehmerInnen fordern die EU-Staaten, allen voran die Bundesrepublik Deutschland auf, eine effizientere Rolle beim Aufbau der demokratischer Strukturen in Kurdistan-Irak und im Irak zu übernehmen bzw. zu unterstützen. Vor allem auch mit dem Ziel, die Stabilität zu gewährleisten und den politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen in Kurdistan-Irak und im Irak eine bessere Perspektive zu bieten.

7) NAVEND e.V. wird regelmäßig Tagungen zu den Perspektiven in Kurdistan-Irak durchführen. Die Arbeitsgruppe Kurdistan-Irak wird den Referendum-Prozess begleiten und über die aktuellen Entwicklungen und Diskussionen berichten.

10. November 2003